

Der Gemeindearbeiter

Organ des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter
und Straßenbahner Deutschlands.

Geschäftsstelle: Köln, Ven-
loerwall 9. Fernspr. A 8538
Postfachkonto Köln 18937.

Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Erscheint alle 14 Tage
durch die Post bezogen
vierteljährlich 1,50 M.

ummer 3

Köln, den 5. Februar 1921

9. Jahrgang

Mehr Arbeit oder mehr Lohn?

Is nach der Revolution die sozialistische die das Steuer der Regierung in ihre genommen, ihnen die Verantwortung gebürdet war, wurde von ihnen das er geprägt: „Sozialismus heißt Arbeit.“ er die Arbeit kann uns retten.“ Man die hiermit den volkswirtschaftlich igen Grundlag, daß die wirtschaftliche, ale und auch kulturelle Lage eines des bedingt wird durch die Menge der Arbeit geschaffenen Gebrauchsgüter, der alles zu rechnen ist, was der Mensch Nahrung, Kleidung, Wohnung und zur Friedigung seiner geistigen und kulturellen Bedürfnisse gebraucht, der Masse zum Verdis bringen. Die Wichtigkeit dieses andlages ist unbestritten und muß auch der Arbeiterschaft anerkannt werden.

In letzter Zeit hat nun aber dieser undiak eine Auslegung erfahren, mit die Arbeiterschaft nicht einverstanden kann. Welche Bevölkerungskreise haben te den „Dreh“ gefunden, um diesem undlage zustimmen zu können, indem sie en: „Der Arbeiter und Angestellte muß st und länger arbeiten, um zum wirtschlichen Wiederaufstieg zu gelangen. wif die deutsche Bevölkerung muß mehr heute produzieren, um auf die Dauer en zu können. Aber nicht nur die Handbeiter, sondern alle Arbeitsfähigen sind rzu verpflichtet. Die Bestimmung in der rfassung, nach der „jeder Deutsche unbeder seiner persönlichen Freiheit, die lliche Pflicht hat, seine geistigen und perischen Kräfte so zu betätigen, wie es Wohl der Gesamtheit erfordert, gilt t alle, nicht nur für Arbeitnehmer.“

Weil immer noch ein Teil des Volkes nicht, sich an dieser sittlichen Verpflichtung zu äußern, läreien sie um so lauter: r Arbeiter und Angestellte muß intensiver d länger schaffen. Dabei kommt ihnen die Einführung des Achtstundentages und r teilweise recht erhebliche Rückgang der eberleistung, besonders in den staatlichen rben, zur Begründung ihrer Forderung r gelegen. Man kann ganz gut g teiltet erung darüber sein, ob die plötzliche mhrung des Achtstundentages für alle ne Ausnahme in der Übergangszeit von r Kriegs- zur Friedenswirtschaft im rbeitswirtschaftlichen Interesse gelegen hat. ne Zweifel, er hat gewisse Nachteile im feld gehabt. Es ist letzten Endes auch ne soziale Gerechtigkeit mehr, wenn r Schwerarbeiter, Bergmann, Hütten- ecker um die nämliche Arbeitszeit hat, e der, dessen Arbeitsleistung in der rperiode in Arbeitsbereitschaft besteht.

Von sozialen, gesundheitlichen und wirtschlichen Gesichtspunkte aus Ferrardet in der Achtstundentag ein Fortschritt, den

kein ernsthafter Volkswirt und Sozialpoli- tiker mehr entbehren könnte. Seine Ab- schaffung in größerem Umfange würde unter den gegenwärtigen Umständen Nach- teile im Gefolge haben, die die Nachteile seiner schematischen Einführung in dama- ligen Zeit wesentlich übersteigen würden.

Der behauerliche Rückgang der Produktion, der zeitig mit der Einführung des Acht- stundentages zusammen traf, hat wesentlich andere Ursachen, die aber von den Gegnern einer zeitgemäßen Arbeitszeit absichtlich oder aus Unkenntnis übersehen werden. Zunächst die naturnotwendige Erschlaffung, die als Folge der gewaltigen Anstrengungen und Aufregungen eines 32monatelangen Weltkrieges eintreten mußte. Während des Krieges waren alle Kräfte, ob im Felde oder daheim, bis zum äußersten ange- spannt. Elerner Wille konnte die Spann- kraft bei der notwendigen Unterernährung nur so lange halten, wie noch ein Erfolg die Mühen zu lohnen versprach. In dem Augenblicke aber, als der Krieg als end- gültig verloren anzusehen war, fehlte dieser Antriebsmotor. Die politischen Umwäl- zungen laien das übrige dazu, um ein Gefühl des Gebenlassens auch bei den Vorkriegsetzenern Platz greifen zu lassen. Hingzu kam ein dritter Moment. Ein großer Teil der deutschen Arbeiterschaft hatte die Agitationsreden und -schreiben der sozialdemokratischen Partei für bare Münze genommen und glaubte nun die Zeit für gekommen, die ganze Theorie in die Praxis umsetzen zu können. Die Zusammenwirkung dieser Umstände hatte dann in der ersten Zeit nach Kriegsende einen erheblichen Rückgang der Produktion im Gefolge, unter dem wir heute noch schwer leiden müssen. Diesem Rückgange der Produktion, in Verbindung mit den Bedingungen des Friedensvertrages, ist in erster Linie die erbärmliche Lage zu ver- danken, in der wir uns heute befinden.

Die angeführten Gründe allein recht- fertigen aber keineswegs das Sinken der Arbeitsleistung in dem Maße, wie wir es auch heute noch zum guten Teil verzeichnen müssen. Hier setzen nunmehr die Gegner des sozialen Fortschritts ein und versuchen der Arbeiterschaft plausibel zu machen, daß nur noch intensivere, längere Arbeit die Rettung bringen kann, ohne aber die zu überwindenden Schwierigkeiten zu beachten. Keine Kraftmaschine kann die volle Leistungsfähigkeit entwickeln, wenn ihr der Betriebsstoff in ungenügender Menge und schlechter Qualität zugeführt wird. Was von der toten Maschine gilt, gilt in viel höherem Maße von der lebenden, kompliziertesten Maschine, dem menschlichen Körper. Wer will behaupten, daß die heutige Ernährung der breiten Volksschichten

ausreicht, um die volle Leistung bei der Arbeit zu erzielen? Leiden vielmehr nicht weite Schichten heute noch an einer erheblichen Unterernährung? Die bis obenhin vollgestopften Lebensmittelgeschäfte, Metzgereien usw., trotz des erheblichen Rückganges der inländischen landwirtschaftlichen Produktion, trotz der behördlichen Rationierung der Einfuhr, beweisen uns die Unmöglichkeit der breiten Masse, sich Lebensmittel in genügender Menge zu erwerben.

Die Erfahrungen des letzten Jahres zeigen mit aller Deutlichkeit, daß mit jeder Besserung unserer Ernährung auch die Arbeitsleistung steigt. Im Bergbau erreicht die Produktion bereits wieder die Friedensleistung trotz des Raubbaues in den Gruben während der Kriegszeit, und infolge der durch den Aufschlag von 5 Goldmark ermöglichten besseren Versorgung der Bergleute mit Lebensmitteln.

So notwendig die Hebung der Produktion ist, so wird mit keinem andern Mittel, wie mit der Besserung und Verbilligung der Ernährungsverhältnisse erreicht werden.

Die Arbeiterschaft weiß, daß lediglich mit der Vermehrung der Papiertheorie, die wir Geld nennen, mit der Erhöhung der Kon- nominallöhne auf die Dauer nicht viel zu erreichen ist. Aber welchen andern Weg soll sie denn gehen, um den Preissteigerungen auf dem Warenmarkt, die sie von Tag zu Tag in ihrer Existenz bedrohen, die eine Gefahr für die Produktion bedeuten, zu begegnen? Hier helfen, wo es am Notwendigsten fehlt, keine schönen Moralpredigten, keine gut gemeinten Ratfahrlage, doch fleißiger zu arbeiten, sondern hier heißt es zunächst einmal die Vorbedingungen hierfür zu schaffen. Vor- bedingung hierzu ist möglichst radikale Beseitigung des unversicherten, arbeitslosen Einkommens. Bei der jetzigen Lage der deutschen Volkswirtschaft ist eine gründliche Wegkürzung sämtlicher Kriegs- und Revo- lutionsgewinne unbedingt notwendig. Strenge Bestrafung der Schieber und Wucherer, Beschlagnahme ihres gesamten Vermögens unerlässlich. Die horrenden Gewinne in der Industrie, Gewerbe und Handel sind ebenfalls steuerlich mit aller Schärfe zu erfassen. Kein Mensch in Deutsch- land hat heute noch das sittliche und mora- lische Recht, mehr zu verzehren, als zur Er- haltung seiner Gesundheit und Leistungs- fähigkeit notwendig ist.

Auch der Landwirtschaft kann nicht das Recht zugestanden werden, Preise für ihre Produkte zu verlangen, die eine Rentabi- lität ihrer Betriebe, nach kapitalistischen Ge- sichtspunkten berechnet, verbürgt. Die deut- liche Arbeiterschaft hat in der Vergangen- heit ihr Verständnis für die volkswirtschaft- liche Bedeutung der Landwirtschaft bewiesen. Um so mehr muß sie heute von dieser Gruppe

die notwendige Rücksicht auf das Gesamtwohl verlangen. Gerade deshalb, weil der landwirtschaftliche Besitz die Möglichkeit bietet, vor allen Vorgesetzten zunächst in ausreichendem Maße sich selbst zu versorgen. Die Landwirtschaft ist von der drückenden, die Arbeitsfreudigkeit raubenden Sorge für den Unterhalt ihrer Angehörigen befreit. Ihr ist die Angst des Industriellen und gewerblichen Arbeitnehmers, wird es bis zum nächsten Lohntage noch gelingen, die Familienangehörigen vor dem Hunger, im buchstäblichen Sinne, zu schützen, unbekannt.

Alle guten Ratschläge, die Produktion zu heben, sparsam zu leben, länger und intensiver zu arbeiten, richte man daher zunächst an alle jene Gruppen, für die heute schon die notwendigen Vorbedingungen gegeben sind.

Man packe den Wucher und das Schieber-tum unbarmherzig am Kragen, erlasse die hohen Gewinne der Industrie und des Handels durchgreifend mit der Steuer-schraube. Zeige auch der Landwirtschaft, die heute zum guten Teil ihre Produkte zu einem Preise verkauft, der den Friedenspreis um das Fünf- bis Zwanzigfache übersteigt, daß der Bogen nicht überspannt werden darf. Es kann gar nicht schaden, wenn sich das deutsche Volk einmal den Unterschied in den Großhandelspreisen von Lebensmitteln im Jahre 1912 und 1920 vor Augen führt.

Koggen kostete 1912 im Großhandel 9 bis 10 M. der Zentner, 1920 dagegen erhielt der Landwirt ohne Druschprämie nur 70,75 bis 75 M. Bei Weizen stellten sich die Zahlen 1912: 10,50 bis 11 M., 1920: 77,75 bis 82 M. Unter Berücksichtigung der Preisspanne zwischen Großhandelspreis 1912 und dem dem Landwirte gezahlten Preis und dem heutigen ergibt sich ein Mehrerlös um das 10fache. Speisefarstoffe kosteten 1912 3,75 M., heute wird dem Landwirte 30-40 M. und darüber geboten. Noch viel erheblicher ist der Preisausschlag bei den Produkten, die der Zwangswirtschaft entbunden sind. Eier stiegen von 5 bis 7 M. auf 2- bis 2,80 M., Milch von 7 bis 11 M. pro Liter auf 1,50 bis 1,80 M. Butter, die der Industriearbeiter nur noch dem Namen nach kennt, ist nur noch zu einem Preise, der den Friedenspreis um das 30- bis 40fache übersteigt, zu haben. In Viehpreisen notierte der Berliner Markt 1912 für Schweine 52 M., heute dagegen 1950 M. für den Zentner Lebendgewicht. Rinder waren 1912 zum Preise von 58 bis 62 M. pro Zentner Lebendgewicht zu haben. 1920 dagegen wurden 750 bis 1100 M. bezahlt. Eine Preissteigerung, die das Zwanzigfache erreicht.

Dagegen beträgt die Lohn- und Gehaltssteigerung der Arbeiter und Angestellten im allergünstigsten Falle 100 Prozent. Die übrigen Bedarfsgegenstände, wie Kleidung, Schuhe, Wäsche, Haushaltsartikel sind aber wesentlich höher wie um das 10fache gestiegen. Da ist es denn wohl verständlich, wenn in den Großstädten rund 40 Prozent der Volksschulstuden an schwerer Unterernährung leiden. Leider fehlt es an zuverlässigen Ermittlungen darüber, inwieweit die schaffende Arbeiterschaft infolge Unterernährung an der Entfaltung der vollen Leistungsfähigkeit gehindert ist. Wollte die Arbeiterschaft die nämliche Berechnung anlegen, wie es bei der Landwirtschaft, der Industrie und dem Handel bei Ermittlung der notwendigen Preise und Gewinne üblich ist, müßten die Löhne mindestens noch um weitere 1000 Prozent steigen, wenn allen mit der gleichen Ute gemessen werden soll. Alle gewiß gut gemeinten Ratschläge glöhte man daher in erster Linie an die

jenigen Stände, die heute durch chronische Unterernährung nicht in ihrer vollen Leistungsfähigkeit gehemmt sind.

Die wilden Ausstände und Ausschüsse werden auch von der organisierten Arbeiterschaft entschieden verurteilt. Sie werden aber am besten bekämpft, indem man ihnen den geistigen Nährboden und das ist die Not und die Sorge um das tägliche Brot so weit entzieht, wie es die gegenwärtigen Umstände nur gestatten. Es läßt sich hier noch manches erreichen mit gutem und festem Willen.

Die christliche Arbeiterschaft ist bereit, ihren Teil zur Gesundung des Wirtschaftslebens beizutragen, schaffe man nur durch Vermehrung und Verbilligung der Lebensmittel die notwendigen Vorbedingungen hierzu.

Mehr Einsicht und Verständnis.

Nachstehend geben wir die Fufskrift eines Kollektiven Briefes, die ohne in allen Zellen mit den Anwänden der Verbandseinstellung übereinstimmen, doch sehr beherzigenswert ist. — Die Schriftleitung.

Die Sturm- und Drangperiode der Jahre 1918 und 1919 in der Gewerkschaftsbewegung ist vorüber. Die rapide Mitgliederzunahme in dieser Zeit hat einer ruhigen Einwirkungsphase gemacht. Viele fanden den Weg in ruhiger Erkenntnis der Sachlage. Die Reizzahl jedoch wurde mitterissen, ohne den Wert und die Bedeutung der Gewerkschaften richtig zu erkennen. Ihnen sprang aus der materielle Vorteil, den sie durch die Gewerkschaften hatten, als allein sichtbares Zeichen in die Augen. Dieser materielle Geist macht sich gerade in der jetzigen Zeit oft stark bemerkbar. Wie oft muß man feststellen, daß an demselben Tage, an dem eine Lohnerhöhung bekanntgegeben wird, offen und verheißt der Wunsch einzelner durchblickt, den Tarif sofort wieder zu kündigen. Dieses muß einem überzeugten Gewerkschaftler das Herz schwer machen und die bangen Frage bringt sich auf: Wird es wohl jemals möglich sein, der Masse Verständnis und Einsicht beizubringen? Verständnis dafür, daß durch ein großes und immer größer werdendes Bündel Papiergeld man auf dem Markt doch nicht mehr erleben kann, bei der heutigen Warenknappheit? Ist größer das Bündel Papiergeld wird, welches man dem Arbeiter in die Hand drückt, um so größer wird die Geldentwertung und das Sinken der Kaufkraft des Arbeitelöhnes. Wenn jede Lohnsteigerung durch die immer sofort eintreffende Preissteigerung illusorisch gemacht wird, tritt bei den Mitgliedern Unzufriedenheit ein und manche sind der irrigen Meinung, der Verband könne eine enorme Lohnerhöhung erwirken, zu gleicher Zeit aber eine Preissteigerung verhindern. Darum sofort das Wort, der Verband macht nichts. Solche Mitglieder sehen in dem Verband nur die automatisch einsetzende Lohnerhöhungsmaschine. Wenn nun mächtige und starke Gewalten diese Maschine verlangomen, dann ist man nur zu leicht dazu geneigt, die Maschine vorzeitig abzubauen, ohne vorher untersucht zu haben, ob die Antriebskräfte zu stark oder zu schwach waren, oder, ob der Maschine das nötige Öl zugeführt worden ist, um einen Reiblauf zu vermeiden. Die Antriebskräfte sind die Mitglieder. Das Öl die Beiträge. Die Bedienung der Maschine liegt in den Händen der Verbandseitung. In der letzten Nummer des Jahres 1920 unseres Organes lesen wir auf der Innseite in Fettdruck: „Ein dringender Appell an unsere Mitglieder“. Was uns da vor Augen geführt wird, sind bittere Wahrheiten. Es hilft absolut nichts, Vogel-Stranz-Vociferat zu treiben und den Kopf in den Sand zu stecken vor den bestehenden Zuständen.

Die Ausstattung unserer Mitglieder ist ein Gebot der Gerechtigkeit. Wenn unser Verband noch

einmal das stark schlängelnde Schiff der Unheimlichkeit in den Berliner Verhandlungen den gefährlichen Klippen durch die Brandvorbeischiebung hat, so muß man sich doch gegenwärtigen, daß neue Klippen, welche noch gefährlichere zu umschiffen sind, im vergangenen Jahr hat uns im allgemeinen schweren wirtschaftlichen Kämpfen und Enttäuerungen erwartet. Was bringt uns das 1921? Wir alle wissen es nicht. Aber die Sorge treffen, die Geschäftspläne fertigstellen die Truppen verteilen, die nötigen Reisen heranschaffen ist ein Gebot der Notwendigkeit. Darum Vertrauen zu den Führern, denn die Sorgen sind ihre Sorgen und unter Weggehen ist ihr Wohlergehen. Darum sei auch dieser Stelle noch einmal gesagt, was in Nummer 23 unseres Organes zu lesen ist: „Zurück zum Gewerkschaftsgeist der Vergangenheit“. Gelegentlich einer Unterhaltung mit einer höheren Persönlichkeit außerhalb der selben mir gegenüber, daß die Gewerkschaft ihre Blütezeit und ihren Höhepunkt schon überzittert hätten. Ein Rückgang wäre vermeintlich. Einestheils durch die Väter der Union, andererseits durch die Gleichgültigkeit der Mitglieder gegenüber dem inneren Wert der Gewerkschaften. Ich habe die Herrn im stillen recht geben müssen. Vertrauen zu der Weisheit unserer Führer ist jedoch noch fest und auf diese Worte eines möchte ich jedoch den gleichgültigen Gedankenlosen Willkürern zurufen: „Kommt allen Mitgliedern die Erkenntnis, jede Preissteigerung sich ebenso scharf an den Verband und der Verwaltung bemerkt, wie auch sonst im wirtschaftlichen Leben? Wann die Erkenntnis, daß der Verband selbst nicht? Wann das Verständnis, daß gerade bei den Verbänden sich eine Arbeit bewahrt und das diese Macht den Arbeitelöhnen, einen wirtschaftlichen Kampf durch schlechteren bestehenden Tarife heraus beschwören? Wann endlich kommt es zum Bewußtsein, daß sich gewerkschaftlich organisierten und betätigten nicht allein in die Vergütung und Annehmlichkeiten im Leben hinanzunehmen, sondern daß es gegebenenfalls, schwere Opfer zu bringen? Was hat sich die Mitglieder dessen klar, das was von der Verbandseitung angeordnet zum Besten unserer Mitglieder geschieht.“

Es muß als sehr bedauerlich bezeichnet werden, daß Ortsgruppen, die besonders das energische Eingreifen unseres Verbandes aus den schlechtesten Verhältnissen herausgerissen worden sind, sich nicht entschließen, den Pflichtbeitrag für das Jahr 1921 zahlen. Schreiber dieser Zeilen, war lange Jahre bei einer Stadt beschäftigt, die Lohn- und Dienstverhältnisse noch allzuwünschen übrig lassen. Er erinnert sich auch noch gut der glücklichen Stunden, durch das tatkräftige Eingreifen unseres Verbandes, Verbesserungen geschaffen wurden, uns selbst ungläubigst erschienen. Wie ein Verständnis und wie viel Vergessen bei der Mitglieder muß dazu gehören, daß diese Ortsgruppe nicht dazu ausbleiben kann, dem Verbands zu geben, was dem Verbande ist. Doch Gott sei Dank sind nicht aus diesem Holze geschnitten. Ich muß immer das Wort eines unserer Mitglieder, eines Gewerkschaftlers und langjährigen fröhlichen Fernarbeiters danken: „So lange wie uns dazu aufpassen können, daß die erste am Montag dem Verband gehört, so werden sehr mit unseren Beiträgen in richtiges Verhältnis zu den Ausgaben und Bedürfnissen des Verbandes gelangen.“ Das Jahr 1921 das fehlende Verständnis unseren Mitgliedern bringen, daß sie eben was Reiz ist. Kommt diese Erkenntnis zu mir nicht lange hinweg, daß ein Teil der Gewerkschaften zu verschwinden mag.

Neue Lohnregelung bei der Straßenbahn Hannover.

Mitte Oktober v. J. wurde der elfwöchige Streik bei der Straßenbahn durch den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses beim Reichsarbeitsministerium beendet. In dem Schiedspruch wurde u. a. verlangt, daß die Bewilligung einer Lohnerhöhung abhängig zu machen sei von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der hannoverschen Straßenbahn. Darüber soll die schon früher gebildete Kommission sofort in eine Prüfung eintreten. Als aber einige Zeit verstrich, ohne daß eine Lohnerhöhung bewilligt wurde, entschlossen sich die Arbeiterorganisationen, entsprechende Anträge an die Straßenbahndirektion zu stellen. Sie verlangten eine Stundenlohnerhöhung von 0,80 M. Eine Ausnahme davon machte der sogenannte Verband der Weifen, der nur eine Lohnerhöhung von 0,50 M. verlangte.

Am 22. Januar teilte daraufhin die Straßenbahndirektion folgendes mit:

Auf den Antrag vom 27. a. M. bewilligen wir im Einvernehmen mit dem industriellen Arbeitgeberverband Hannover mit Wirkung vom 19. Januar 1921 ab folgende Löhne:

A) Fahrpersonal:

Arbeits- tag	Stunde- lohn	1/2 Jahr	1 Jahr
1. Schaffner			
Bremser	85,20 M	36,20 M	37,20 M
2. Führer und Güterführer	36,20 M	37,20 M	38,20 M
3. Schaffnerinnen		31,80 M	

B) Technisches Personal:

	14-16	16-18	18-20	20-24	über 24 J.
1. Handwerker	380 M	410 M	480 M	510 M	
2. Angelernte	340 M	380 M	460 M	480 M	
3. Ungelernte	285 M	320 M	370 M	450 M	470 M
4. Weibl. Personal	230 M	285 M	300 M	320 M	

C) Nachwächter, Weihenwächter, Streckenwächter

35,20 M 36,20 M 37,20 M
Danach beträgt die Zulage für Handwerker über 20 Jahre 0,90 M. pro Stunde unter 20 0,80 M.
Für das übrige männliche Personal über 20 Jahre 0,80 M. unter 20 0,70 M.

Für das weibliche Fahrpersonal 0,70 M. pro Stunde.

Für das weibliche technische Personal über 20 Jahre 0,80 M. pro Stunde unter 20 0,50 M. pro

Es ist ja an sich erfreulich, daß die Direktion dem Antrage auf Lohnerhöhung stattgegeben hat und zwar in vollem Umfange. Somit ist nach der Seite hin diesmal ein voller Erfolg erzielt worden. Eigenartig ist jedoch, daß diese Lohnerhöhung vorgenommen wurde, ohne mit den Arbeitgeberorganisationen darüber zu verhandeln. Wir dürfen aber wohl annehmen, daß die Direktion in späteren Fällen sich über diese Fragen nicht nur mit dem industriellen Arbeitgeberverband Hannover verständigt, sondern auch mit den zuständigen Arbeiterorganisationen.

Erhöhung der Teuerungszulagen im Bezirke des Arbeitgeberverbandes nordbayerischer Gemeinden.

Die zwischen dem Arbeitgeberverband nordbayerischer Gemeinden und den beiden Verbänden der Gemeindearbeiter am 2. Januar stattgefundenen Verhandlungen in Hof i. S. betreffs Erhöhung der Teuerungszulagen für die Arbeiter Nordbavens, haben zu einer vorläufigen Einigung auf folgender Grundlage geführt.

Für das Bezirksgebiet Nürnberg, Ortsklasse A, wird rückwirkend ab 1. Nov. 20, eine Erhöhung des Wochenlohnes für alle Lohnklassen um 7,50 A. gewährt. Für die Ortsklassen B, C, D und E wird der Wochenlohn für alle Lohnklassen um 5,00 A. pro Woche rückwirkend ab 1. Nov. 20 erhöht.

Die Kinderzulage wird für die Ortsklasse A von 50,00 A. auf 75,00 A. für B und C von 40,00 A. bzw. 30,00 A. auf 60,00 A., für D und E von 20,00 A. bzw. 10,00 auf 45,00 A. festgesetzt.

Die Lohnzuschläge erhöhen sich vom 1. 1. 21 ab für Ortsklasse A von 7,50 auf A. 10,00, für B von A. 5,00 auf A. 9,00, für C von A. 5,00 auf A. 7,50 und für D und E von A. 5,00 auf A. 6,00 wöchentlich.

Die weiblichen Arbeiterkräfte erhalten von diesen Sätzen die Hälfte.

Die Regelung ist als eine vorläufige Regelung gedacht, bis die neue Gehaltsregelung der Reichsbeamten erfolgt ist. Nach der Erhöhung der Teu-

rungsbezüge der Reichsbeamten werden auch Bezüge der Gemeindebeamten und Gemeindefunktionäre eine Erhöhung in gleichem Maße erfahren. Nach Mitteilung des Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes sollen dann die neuen Verträge innerhalb vier Wochen erledigt sein. Zwischenzeitlich soll, wie die Tageszeitungen berichten, eine Einigung mit den Organisationen der Reichsbeamten erfolgt sein und wird demnach auch die Gemeindearbeiter Nordbavens eine Lohn- Erhöhung ihrer Löhne eintreten.

Ein Landesstatut für Kreisstrafen- und Gewerkschaften in Baden.

Nachdem unser Verband in den Kreisen Baden, Offenburg und Freiburg Anträge auf Erhöhung der Teuerungszulage mit Wirkung 1. Oktober 1920 gestellt hatte, nahm der Landesrat für Baden Stellung zu diesen Anträgen mit dem Ergebnis, daß für alle im Baden ein einheitlicher Landesstatut vereinbart werden sollte. Am 11. Dezember 1920 kam dieserhalb in Freiburg die Vertreter der Kreisverwaltungen und Gemeindearbeiterverbände zusammen und einigten sich, vorbehaltlich der Genehmigung der Kreisräte einerseits und der Kreisstrafenwörter andererseits, auf folgenden Lohnstatut:

Der Grundlohn beträgt 2500-3000 M. für die Teuerungszulagen, denen 4 Klassen zugrunde gelegt sind. Dieselben betragen in der 1. Klasse 2000 M. somit Gesamtlohn 4500-5000 M. 2. " 2500 M. " " 5000-5500 M. 3. " 3000 M. " " 5500-6000 M. 4. " 3500 M. " " 6000-6500 M.

Lebende Wächter erhalten 75 Prozent der Teuerungszulage. Bei Einweisung der Wächter in die Teuerungszulagen, die im Einvernehmen mit dem Bezirksrat zu erfolgen hat, soll berücksichtigt werden der landwirtschaftliche Besitz der Wächter und sollen Wächter mit größerem landwirtschaftlichen Besitz mindestens 1 Klasse höher eingestuft werden als solche Wächter, die keinen oder nur bescheiden landwirtschaftlichen Besitz aufzuweisen haben.

Die Kinderzulage beträgt 80 M. in der Klasse 1 und 2 und 40 M. in der Klasse 3 und 4.

Die Zahlung der vollen Krankentagezulagen beträgt übernimmt die Kreisräte.

Grundrissliches zur Frage der Außenhandelskontrolle.

Mit einem einer besseren Sache würdigen Eifer wird von den Gegnern der Aus- und Einfuhrkontrolle jedwede sich bietende Gelegenheit wahrgenommen, um gegen die im volkswirtschaftlichen Interesse unumgänglich notwendige Regelung der Ueberwachung unserer Ein- und Ausfuhr Stellung zu nehmen. Zunächst müssen die unsäglichsten Gründe herhalten, um ein Schwören zu dem wir geworden sind, zu discreditierten und in der breitesten Öffentlichkeit Stimmung für einen Abbau zu machen. Im "Ueberwachungsdiens", dem Organ des Reichsbeauftragten für die Ueberwachung der Ein- und Ausfuhr weist der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung, Vob. Reg.-Rat Dr. Trendelenburg, die grundrissliche Notwendigkeit der Außenhandelskontrolle nach. Ausgehend von den Ergebnissen der Brüsseler Finanzkonferenz, deren Verhandlungen interessante Streitfragen auf die wirtschaftliche Lage der Welt geworfen haben, schildert der Verfasser die Auswirkungen der allgemeinen schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse auf die Handelspolitik der Staaten.

Europa, das zu einem großen Teil Verbraucher fremder Rohstoffe gewesen ist, hat sich durch vier Jahre in erster Linie für den Frieden, also für unproduktive Zwecke betätigt und seine Handels-

industrie vernachlässigt. Es ist deshalb stark verschuldet, gegenüber den Bereinigten Staaten allein in Höhe von 12,5 Milliarden Dollar. In der Unfähigkeit der Handelsbilanz kommt die Erschöpfung der europäischen Vorräte und die gewöhnliche Abhängigkeit Europas, namentlich in Bezug auf Lebensmittel, zum Ausdruck.

Die Konjunktur der Welt ist stark verändert, starke Ausfälle bedingt der Rückgang in der Erstellung neuer produktiver Anlagen. Die Kaufkraft wird in erheblichem Maße zur Verdrängung des Bergamungsbedürfnisses getätigt, also zu Ruoden, die den einzelnen wirtschaftlich nicht fördern und der produktiven Arbeit Kräfte entziehen.

Die Brüsseler Finanzkonferenz hat den europäischen Ländern empfohlen, mehr zu arbeiten und weniger zu verbrauchen. Alle Länder sind bemüht, sich nach diesem Grundsatz einzurichten, denn alle befinden sich in ärmeren oder verfallenen Kaluafolgen. Die staatlichen Maßnahmen hemmen sich besonders auf dem Gebiete des Außenhandels. Man bemerkt sich fast überall durch Beschränkungen des Ein- und Ausfuhrhandels der Unfähigkeit der Außenhandelsbilanz entgegenzuwirken.

Mit Mitteln dieser staatlichen Beschränkungen dienen je nach den wirtschaftlichen Verhältnissen eine Abwehrtung des Exportüberschusses, eine Erhöhung der Außenhandelsbilanz und der Ersatz von Ueberfaktoren. Auch auf dem Gebiete der Ausfuhr-

finden wie fast überall in Europa staatliche Beschränkungen, die zum Ziel haben, lebensnotwendige Waren im Lande zu behalten und für die Ausfuhrwaren möglichst hohe Gegenwerte zu erzielen.

Man war sich in Brüssel darüber klar, daß Schwierigkeiten dem Weltmarkt aus diesen Beschränkungen erwachsen. Man erkannte aber allgemein an, daß man bereit zu einem freier Handel nicht werde zurückkehren können. Die Lage Deutschlands ist im höchsten Maße gefährdend. Sie kennzeichnet sich dadurch, daß die natürliche Grundlage für die wirtschaftliche Beerdigung unserer absterbenden Bevölkerung durch das Ergebnis des Krieges außerordentlich eingesenkt worden ist. Man denkt an den Verlust der Kolonien, der Handelsflotte, den größten Teil des Auslandvermögens, an die Verluste an Eisen, Erzen, an Rohle und Kali, sowie an die über die Höhe nach noch ganz unübersehbaren Wiederaufbauverpflichtungen. Die Reichsmacht ist sehr ernüchtert und unsere Politik nach Berechnungen unermesslich. Wir haben keine Reserven an Gold, an ausländischen Werten oder Warenvorräten, sondern leben außerordentlich in der Hand in den Händen. Die Außenhandelsbilanz, deren Minderposten unendlich fast die gesamten Minderposten der Zahlungsbilanz sind, wird durch den Verlust der Kolonien, der Handelsflotte, den größten Teil des Auslandvermögens, an die Verluste an Eisen, Erzen, an Rohle und Kali, sowie an die über die Höhe nach noch ganz unübersehbaren Wiederaufbauverpflichtungen. Die Reichsmacht ist sehr ernüchtert und unsere Politik nach Berechnungen unermesslich. Wir haben keine Reserven an Gold, an ausländischen Werten oder Warenvorräten, sondern leben außerordentlich in der Hand in den Händen. Die Außenhandelsbilanz, deren Minderposten unendlich fast die gesamten Minderposten der Zahlungsbilanz sind, wird durch den Verlust der Kolonien, der Handelsflotte, den größten Teil des Auslandvermögens, an die Verluste an Eisen, Erzen, an Rohle und Kali, sowie an die über die Höhe nach noch ganz unübersehbaren Wiederaufbauverpflichtungen.

Vorstehende Vereinbarung tritt am 1. 4. 1921 in Kraft. Die übrigen Bestimmungen des Tarifvertrages werden in einer späteren Verhandlung vereinbart.

Diejenigen Kreise, welche ab 1. Oktober 1920 ihren Kreiswarten keine höhere Feuerungszulage bewarben, sollen eine solche nachträglich gewähren.

Zweit besuchte Kreisstrahenämter-Versammlungen der Kreise Freiburg, Offenburg und Baden-Baden stimmten der Vereinbarung einmütig zu, wobei der Verbandsleitung Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit gesagt wurde.

Beschlossen wurde einstimmig in allen Versammlungen, an der Forderung von monatlich 100 M für die Zeit vom Oktober 1920 bis April 1921 unbedingt festzuhalten und das Angebot von 20 M abzulehnen. Diesbezüglich wurde der Schlichtungsausschuss in Freiburg angezogen.

Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband der Gemeinden in der besetzten Rheinprovinz.

Bereits in Nr. 1 unseres Verbandsorgans berichteten wir über die Verhandlung vom 21. Dezember d. J. Inzwischen haben nun am 4. Januar erneute Verhandlungen stattgefunden. In Sager der Arbeitgeber machten sich auch bei diesen Verhandlungen starke Strömungen bemerkbar, die darauf hinauszielten, den Arbeitern keine Lohnhöhung zuzubilligen. Man versuchte sogar in sehr rauer Weise den Arbeitervertretern plausibel zu machen, die Arbeiter hätten sich jetzt wesentlich besser wie in den Monaten Mai und Juni vorigen Jahres. Auch müsste die große Unzufriedenheit der Beamten erhalten, die angeblich in ihren Bezügen noch schlechter ständen wie die Arbeiter. Die Stadt Dörny sah sich sogar durch die „Treibereien“ der Arbeiterschaft veranlaßt, ihren Austritt aus dem Arbeitgeberverband ankündigen. Glaubt man vielleicht, durch den Austritt aus dem Arbeitgeberverband billiger den vorbeitzukommen? Wir bezweifeln es. Aber alle Einwände helfen nichts. Die Arbeitervertreter blieben standhaft. Konten auch nicht anders, denn die Not in den Arbeiterfamilien hat dazu überhand genommen, daß man kaum einen Ausweg finden kann. Da die Arbeitgeber nun sahen, daß die Arbeitervertreter sich nicht mit leeren Händen abspesen ließen, versuchte man

nach bekannter Konten zu „handeln“. Nach langem Beratungen erdreiste man sich, den Arbeitervertretern 20 Pf. anzubieten. Die Arbeitervertreter, besonders die unseres Verbandes, wiesen ein derartiges Angebot strikt ab und verlangten, nachdem alle Strafen zu reifen drohten, daß man den Arbeitern doch zum mindesten dasjenige geben sollte, was der Arbeitgeberverband rhein-westfäl. Gemeinden den Arbeitern schon bereits ab 18. Dezember ausbilligt habe. Unser Vertreter vertiefte sich bei seiner Stellungnahme ganz besonders auf den Standpunkt des Herrn Dr. Johannes, Oberbürgermeister von Krefeld, der bei früheren Verhandlungen immer wieder betonte: „Meine Herren, wir wollen unsere ganzen Beschlässe möglichst dem bestehenden Tarifvertrag rhein-westfäl. Gemeinden anpassen. Auffallend war es auch, daß dieser fragliche Herr in dieser Sitzung nicht anwesend war. Statt dessen aber der Syndikus des Arbeitgeberverbandes rhein-westfäl. Gemeinden, Dr. Reitel.

In letzter Stunde bequamen sich nun die Herren Städtevertreter zu folgender Insaße: Die Löhne der Gemeindearbeiter werden mit Wirkung vom 1. Januar 1921 ab

	A	B	C	D	E
1. Gruppe I—IV	40	40	30	25	20
2. Gruppe I—IV	30	25	20	15	10

für die Arbeitsstunde erhöht. Das Kindergeld von 1,50 M für den Arbeitstag für jedes nicht erwerbstätige Kind unter 14 Jahren bleibt bestehen.

Dazu tritt für verheiratete Arbeiter und alleinst. Ernährer der Familie für den Arbeitstag ein Hausgeld von 2 M. Jugendliche Arbeiter erhalten folgende Löhne: unter 20 Jahren 80 Prozent

19	80
18	70
17	60
16	50
15	40

Der Lohn der für sie zuständigen Gruppe. In den Lohnbezügen ist die Wirtschaftsbeihilfe (Besatzungszulage) einbegriffen. Dem Arbeitgeberverband steht es frei, die Zahlung der Bezüge in Lohn und Wirtschaftsbeihilfe eintreten zu lassen. Die Industrie-Ausgleichskasse mit folgendem Vorlaut wird eingeführt:

„Soweit die Gemeindearbeiterlöhne in den Ortsklassen A 1, A 2, B, C, D und E durch die Lohnhöhung über die tatsächlichen Verdienste der gleichwertigen Stundenlohnarbeiter der örtlichen Industrie steigen würden, kann das Mitglied des Arbeitgeberverbandes der Gemeinden in der besetzten Rheinprovinz binnen 2 Wochen vom dem Beschluß der Mitgliedserversammlung ab die Herabsetzung der Löhne auf die tatsächlichen Verdienste der gleichwertigen Stundenlohnarbeiter der örtlichen Industrie bei der Bezirkschiedsstelle für Arbeitertatsachen beantragen.

Letztere entscheidet endgültig, ob und in welcher Höhe eine Lohnhöhung einzutreten hat. Als Stichtag ist maßgebend der Tag der Einlegung des Einspruchs.

Kind- und Hausgeld sind gegenseitig anzurechnen.

Der Wert der sozialen Einrichtungen (Krankenlohn, Urlaub, Bezahlung der in die Woche fallenden gesetzlichen Feiertage und Ruheloberechtigung) sowie die etwaigen Erleichterungen in der Beschaffung von Gegenständen des täglichen Bedarfs bleiben beiderseitig außer Betracht.

Wenn der Arbeiterschaft in dieser Verhandlung noch etwas zu sagen ist, dann dieses: Seid auf der Hut. Im Lager der Arbeitgeber einschließlich der Verwaltungen machen sich starke Strömungen bemerkbar, die Löhne abzubauen. Diesen Bestrebungen kann nur durch starke Organisationen ein Widerstand entgegengesetzt werden. Es kommt also nur auf Euch an.

Wirtschaftliches und Soziales.

Die Not der deutschen Kinder. In einem großen englischen Blatte, dem Manchester Guardian vom 21. Januar, veröffentlicht ein Berichterstatter seine Eindrücke in Köln. Er heißt da unter anderem:

Die allgemeine Verzweiflung ist sehr deutlich zu merken und wie mir berichtet wurde, überall im Lande zu finden. Die Menschen machen alle den Eindruck, als hätten sie alles auf ein Ziel gezielt und schließlich verloren. Sie machen wolken den unmerklichen Eindruck der Unterernährung. Abgesehen von den offensichtlich Wohlhabenden, habe ich fast überall niemanden gesehen, der eine trübe Farbe oder Blau in den Augen gehabt hätte. Jeder hat eine matte, bleiche Hautfarbe und sehr wenig Lebenskraft in Stimme und Bewegung. Die Frauen leben nach meiner Beobachtung besonders unterernährt aus und ich habe Gruppen von Schülern gesehen, auf deren Gesichtern die Schatten fürchterlicher Entbehrung lagen.

Sehr viel schwieriger liegen die Verhältnisse hinsichtlich der Ausfuhrkontrolle.

Sie bezieht sich insbesondere Mengenkontrolle der Abfuhr solcher Waren in das Ausland zu verhindern, die wie z. B. Lebensmittel, Rohstoffe, Holzstoffe und gewisse Erzeugnisse der Halbinindustrie, zur Deckung des Eigenbedarfs unserer Wirtschaft benötigen. Dabei sind die Wiederanforderungsverpflichtungen unserer Eisenbedarfs hin zu berücksichtigen. Das Volk dessen, was unter dem Gesichtspunkt der Mengenkontrolle geübt werden muß, hängt sich nach der Art der Erzeugnisse und der jeweiligen wirtschaftlicher Lage. Wie die Dinge zur Zeit liegen, bildet die Mengenkontrolle nur für einen Teil der bestehenden Ausfuhrkontrollen die rechtserzeugende Grundlage. Im übrigen ist der Zweck dieser Verbote im wesentlichen die Preiskontrolle, die den gewaltigsten Gegenstand des Handels um die Ausfuhrkontrollen darstellt. Der ähmerer Anlaß für die gegenwärtige Ausfuhrkontrolle liegt in der Ausfuhrkontrollen des vorerwähnten Winters, der Welt vorüberaus nach Jahren, daß sie in einflussig gewesen ist, nachdem eine Ausfuhrkontrollen nicht mehr besteht.

Die Preiskontrolle ist aber nicht nur für unsere Wirtschaft, sondern auch für die Wirtschaft Deutschlands von großer Wichtigkeit.

die Rückwirkungen, die von den Schwankungen unserer Zahlung ausgehen, auf alle Märkte der Welt tragen, so daß die deutsche Ausfuhr eine ständige Benachteiligung der Auslandsmärkte zur Folge haben müßte. In allen Ländern, und das würde fast alle Staaten Europas sein, würden starke Gegenwirkungen gegen das Überwiegen deutscher Konkurrenz unausweichlich sein. Bei der fast profanistischsten Tendenz der vorerwähnten Wirtschaftspolitik können wir mit solchen Gegenwirkungen mit Sicherheit rechnen, wenn wir die erforderliche Vorsicht bei der Ausfuhrpreispolitik außer Acht lassen.

Man wendet ein, man solle nur der freien Entwicklung Raum geben, die Macht der Tatsachen und das wohlverstandene Interesse von Industrie und Handel würden von selbst die Dinge richtig leiten können. Gewiß, auch bei der freien Ausfuhr werden Industrie und Handel mit der Zeit lernen, die Forderung aus der Geldwertigkeit der Waren zu ziehen, und sich bei Schwankung der Ausfuhrpreise von der Wirtschaft zu orientieren. Diese selbständige Ausgestaltung der Wirtschaft als Berechnungsgrundlage bei der Ausfuhr müßte aber dazu führen, daß schließlich alle wirtschaftlichen Waren, einseitig, so für die Ausfuhr oder für den Inlandverbrauch bestimmt sind, auf der gleichen Basis zum Verkauf kämen. Jeder Versuch, einen Unterschied zwischen Inlands- und Auslandsmärkten zu schaffen, würde im Laufe des langwierigen Geschäfts durchgesetzt werden. Das Verlangen bezogen auf die

Weltmarktpreise“ ist unerfüllbar, solange unsere Zahlung nicht stabil ist, da es einen beständigen in Reichsmark ausdrückbaren Weltmarktpreis nicht gibt.

Rein privatwirtschaftliche Bedingungen würden zweifellos nicht kräftig genug sein, um der Beschaffung von Inlandwaren nach dem Ausland zu befehlen. Es würde dann doch wieder an die Regierung das Verlangen gestellt werden, die Grenzen zu betonen und keine Waren durchzulassen, die von wirtschaftlichen Störenfriedern auf den Weltmarkt geschickt würden und wir ständen dann wieder ebensoweit wie wir jetzt stehen.

Sehr viel wird über die Verzögerung geklagt, welche durch die Zwischenschaltung der Außenhandelsstellen für die Abwicklung der Ausfuhrgeschäfte verursacht werden. In den Herbst- und Sommermonaten lag der Grund für unliebsame Verzögerungen im wesentlichen in einer abnormen schließlichen Nebenlastung der Außenhandelsstellen, welche durch das Zusammenströmen von Markt-Ware, Zählung des Rechts im Westen und Erhebung der sozialen Ausfuhrkontrollen verursacht war. Bei Beherrschung dieser Schwierigkeiten haben die Außenhandelsstellen eine verhältnismäßig hervorragende Leistung vollbracht. Inzwischen ist es gelungen, im allgemeinen zu einer neuen Abwicklung der Geschäfte zurückzuführen.

Der gewöhnliche Eindruck von einer Kinderhoffung gibt er in folgenden Sätzen wieder:

Meine Kinder waren ängstlich bemüht, ihre Bröden für irgendeinen Gefährten aufzubewahren, der nicht an der Spelung teilnehmen durfte. Ein kleiner Junge mit einem bleichen, einseitigen Gesicht und Augen, die wie dunkle Schattungen wirkten, machte verschiedene Versuche, sein Brochen heimlich in der Tasche verschwinden zu lassen. Seine Mutter sei krank, sagte er, und sie könne das schwarze Brot, das sie allein für sie kaufen könnten, nicht essen. Alle Kinder, die ich zu Gesicht bekam, sahen äußerst schwach und mager aus. Die einen wählten die saure Rote der Zwetscheln, bei anderen ließ der mangelhafteste Bröder die Nacht zu erkennen. Bei den älteren Jungen äußerte sich heillosweise die Wirkung der jahrelangen Unterernährung in erschreckenden Anzeichen moralischer Verderbnis. Bei Kindern, deren physischer Zustand auf einer so jämmerlich tiefen Stufe steht, ist wenig Hoffnung auf eine hochstehende Moral.

Die Versuche der Ausländer, durch Quänterfreiheit usw. die Not zu lindern, in allen Ehren, die sind aber nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Hilfe kann und nur kommen durch Revision des Friedensvertrages und Vermehrung und Vertiefung der landwirtschaftlichen Produktion und Senkung der Lebensmittelpreise. Vergleiche hierzu den Zeitartikel "Mehr Arbeit, oder mehr Lohn" in dieser Nummer.

Warenerverorgungsstelle deutscher Gewerkschaften. Die fast unerlöschliche Preis für Kleidung, Milch und Schuhe, an denen der Zwischenhändler nicht ganz schuldlos ist, haben die deutschen Arbeiter, Angestellten und Gewerkschaften veranlaßt, die Warenerverorgungsstelle deutscher Gewerkschaften in Berlin zu gründen.

Der Zweck dieser Warenerverorgungsstelle ist, für die Mitglieder der Gewerkschaften verbilligte Waren des Textil- und Schuhwerkes zu beschaffen und zur Sicherung und Ordnung der Warenproduktion beizutragen sowie durch die Erteilung von Aufträgen an die Erzeuger der Arbeitsstoffe entgegenzuwirken. Zu diesem Zweck sollte das Reichsarbeitsministerium mit Zustimmung des Reichsfinanzministers der Warenerverorgungsstelle aus den Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge jährlich 25 Millionen Mark Kredit auf sechs Monate zur Verfügung. Die Warenerverorgungsstelle deutscher Gewerkschaften kann durch tüchtige Einkaufskommissionäre die besten und preiswertesten Waren den Gewerkschaftsmittgliedern direkt vom Erzeuger durch die Konsumvereine, Ortsstellen oder Fachverbände mit einem ganz geringen Spesen- und Risikozuschlag zu führen. Die Bestellungsstücke (Oberleitung, Wäsche, Schuhe und Hüte) werden von den Gewerkschaftsmittgliedern nach vorgelegten Mustern in den Verkaufsstellen der Konsumvereine, Ortsstellen oder Fachverbände bestellt. Diese Bestellungen gehen in unserem Falle an die zuständige Stelle des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, die sich mit der Warenerverorgungsstelle deutscher Gewerkschaften in Verbindung setzt und für schnelle Effektuierung der Bestellungen sorgt. Alle Bestellungen der großen Gewerkschaftsorganisationen werden durch den Kontrollenausschuss der Warenerverorgungsstelle deutscher Gewerkschaften geprüft.

Unsere Kollegen werden dringend ersucht, von dieser Einrichtung in ihrem eigenen Interesse den regsten Gebrauch zu machen. Was nützen uns alle Lohnhöhungen, wenn dieselben im nämlichen Augenblicke, wo sie erstritten, wieder durch weitere Preissteigerungen aufgehoben werden. Auskünfte erteilen an allen Orten die Kartelle der christlichen Gewerkschaften.

Zum Streit der Berliner Hotels. In Berlin haben die meisten größeren Hotels ihren Betrieb

geöffnet, weil gegen einige die Staatsanwaltschaft und des Polizeivorstandes auf Grund der Abwesenheitsordnung eingeschritten sind. Die gesamte Bevölkerung und auch die bürgerliche Presse fordert unablässig ein härteres Vorgehen gegen Wucherer und Schlicher. Sofort erklärten sich aber mit den gefassten Wucherern und Schlichern die meisten der besseren Hotels solidarisch und schlossen ihre Küchenbetriebe. Man behauptet, ohne Verstoß gegen gesetzliche und behördliche Maßnahmen die Betriebe nicht ordnungsgemäß führen zu können, weil sich die Unmöglichkeit strikter Innehaltung der Verzehrung gezeigt habe. Die Hotelbesitzer finden nicht nur in einem großen Teil der bürgerlichen Presse Unterstützung, sogar der Herrscher gibt sich dazu her, scharfen Protest gegen die Maßnahmen der Staatsanwaltschaft zu erheben. Man weiß darauf, der Fremdenverkehr in Berlin würde herabgemindert, viele Angestellte arbeitslos, es dürften nicht willkürlich Säubnisse gesucht werden, das ganze Vorgehen solle nur dazu dienen, den kapitalistischen Unfriede der Regierung zu verbieten. Der Betriebsrat fordert sogar eine allgemeine Umkehr für Vergleichen gegen die Wucherer. Demgegenüber muß doch darauf hingewiesen werden, daß nach dem Abbau der Zwangswirtschaft die Hotelbesitzer wohl in der Lage sind, ihre Güter nach Wunsch zu verpflegen. Der Zwangswirtschaft unterworfen heute nur noch Brotgetreide, Milch, Butter und Zucker. Es steht den Hotelbesitzern also frei, ihren Gästen vorzugeben Fleisch und Wurstwaren aller Art, Fische, Kartoffeln, Milch, Geflügel, Reis, Bohnen, Gemüse, Gemüse und Obst, Eier, Käse, Margarine, Pflanzenöl, Spritzseife, Saiselchmalz, Marmelade usw. Es ist also gar nicht wahr, daß man heute noch sich unbedingt des Schleichhandels bedienen müsse, um die Gäste zu versorgen, zumal sie ja auch Brot, Butter und Zucker auf ihre Karten erhalten. Zum Leben unbedingt notwendig sind keine Redereien aus feinerer Mehl, Sahne und Zuckerspellen. Viel notwendiger gebrauchte diese Lebensmittel unsere Kranken, Kinder und Mütter. Wir haben es wirklich weit gebracht, wenn wir in einer Zeit, in der Millionen Menschen nicht wissen, womit sie ihren notwendigen Lebensunterhalt bestreiten sollen, und in der Hunderttausende an Unterernährung leiden, hören müssen, daß man Berliner Hotels schlecht, weil sie nicht die Genehmigung bekommen, schrankenlos weiches Mehl, Butter und Zucker zu verwenden, denn darauf läuft die ganze Aktion hinaus. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Regierung in diesem Falle nicht nur recht gehandelt hat, sondern daß sie sich unter keinen Umständen von den Hotelbesitzern dazu zwingen lassen darf, nachzugeben. Es gibt auch noch andere Mittel, die Betriebe wieder in Gang zu setzen. Man findet ja auch Mittel, wenn Arbeiter in lebenswichtigen Betrieben streiken, diese Betriebe in Gang zu halten. Unsere Bevölkerung sollte sich von dem Geschrei der Berliner Hotelbesitzer nicht ins Bodshorn jagen lassen.

Aufhebung der Verkehrssteuern für die Straßenbahnen?

Der Verein Deutscher Straßenbahnen, Kleinbahnen und Privatbahnen hat eine Eingabe an fast sämtliche zuständige Behörden gerichtet, in der die Aufhebung der Verkehrssteuern für diese Bahnen verlangt wird. Bekanntlich wird nach dem Reichsverkehrssteuergesetz von jeder Fahrkarte eine Steuer im Betrage von zirk. 10 Prozent des Fahrpreises erhoben. Bei der gegen-

wärtigen Lage der Verkehrs- und Kleinbahnen, die zum großen Teil an der Grenze ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit angelangt sind, aber auch nicht mehr in der Lage sind, die Steuern an die Fahrpreise zu schlagen, würde das Fortlassen dieser Steuer eine erhebliche Entlastung für sie bedeuten. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus wäre dieses zu begrüßen.

Für die Eisenbahnen hat sich dieses Gesetz bei der Ueberführung dieser Bahnen auf das Reich, dem sämtliche Einnahmen zunächst zuzuführen, dem selbst erübrigt. Allerdings hat bei der Aufhebung des Verkehrssteuergesetzes der Reichsfinanzminister das letzte Wort, der wohl schließlich der Aufhebung zustimmen wird, wenn ihn nicht an dessen Stelle neue Einnahmen bewilligt werden.

Technische Rothhilfe und die Gewerkschaften.

Die Sozialdemokratie präsentiert sich als entschiedene Gegnerin der Technischen Rothhilfe und legt sich fast täglich in Resolutionen dagegen fest. Das Seltsame ist aber, daß die Spalten der Zeitschrift der Technischen Rothhilfe "Die Räder" von Zeitartikeln der Sozialisten gefüllt sind. (Die große Honorare die Zeitschrift bezahlt, entzieht sich unserer Kenntnis.) In einem der letzten Num. des vorigen Jahres legt sogar der sozialistische preussische Minister des Innern, Karl Goering, ein Langes ein für die Technische Rothhilfe in folgenden schwungvollen Worten:

Sein liegt es mir im Interesse des gesamten Volkes, daß die Notlage der Rothhilfe besser und schneller beseitigt wird, um die Schwierigkeiten, aber wichtigen Aufgaben im Dienste des Volkes ganz erfüllen zu können.

Was sagt die Sozialdemokratie zur Bekämpfung ihrer Bedrohungen durch ihren zünftigen Minister des Innern?

Betriebsratfragen.

Betriebsrat-Vorbereitung ist darauf hinzuwirken, daß das Abonnement der Ortsgruppen auf die Betriebsrats-Vorbereitung, für die örtlichen Betriebsratsmitglieder, noch durchaus mangelhaft ist. Über die Hälfte unserer Ortsgruppen haben bisher die Betriebsrat-Vorbereitung noch nicht bestellt, obwohl sie so außerordentlich wichtig ist. Diejenigen Ortsgruppen, welche bisher eine Bestellung auf die Betriebsrat-Vorbereitung noch nicht getätigt haben, werden daher dringend gebeten, die Bestellung doch umgehend zu tätigen. Der geringe Kostenpunkt 3,- A pro Exemplar und Vierteljahr, darf sie nicht abhalten. Wenn wir wollen, daß unsere Betriebsratsmitglieder ihre Funktionen richtig ausüben, müssen wir ihnen auch helfen, sich entsprechend schulen zu können. Das geschieht in hervorragender Weise, wenn die Ortsgruppen ihnen das Studium dieser Zeitschrift zugänglich machen. Die Bestellungen mögen alle umgehend an unsere Hauptgeschäftsstelle eingekauft werden.

Arbeiterbewegung.

Theodor Leibert — Radikaler Lehens. Die Vorstandskonferenz der freien Gewerkschaften wählte am 19. Januar als Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes den früheren württembergischen Arbeitsminister und Vorsitzenden des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Theodor Leibert. Durch die radikalen Umtriebe im Deutschen Holzarbeiterverband sah sich Leibert vor ungefähr zwei Jahren veranlaßt, von seinem Posten zurückzutreten. Seine Ministerberufung war nur von kurzer Dauer.

Durch diese Wahl hat noch einmal, dank der Zusammenfassung des Wahlkörpers, die gewähl-

Wahrung in den freien Gewerkschaften gelegt. Da es aber dem neuen Vorstehenden noch gelingen wird, das angetretene Erbe, die äußere Geschlossenheit der freien Gewerkschaften, seinem Nachfolger zu hinterlassen, muß die Zukunft lehren. Der Zeugniss der kommunistischen Ideen hat bereits überhebender Maße das Fundament, die treuen Mitglieder dieses Bewegung durchdringt. Die bange Frage der Verantwortlichen: wie es gelingen, den Oberbau zu erhalten und das Fundament zu unterfangen, ist daher höchstwichtig. Für die deutsche Arbeiterchaft bedeutet die Notwendigkeit, diese Frage vernünftig zu lösen, in all dem, was wir in den letzten Tagen erlebt haben, ein neues Kapitel.

Verband Christlicher Arbeiter Deutschlands. Der niedrige Wägauer Strohhutarbeiterverband hat sich mit Wirkung vom 1. Januar 1921 ab mit dem Verband christlicher Arbeitnehmer des Bekleidungs-gewerbes vereinigt. Für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Hutindustrie und der verwandten Industriezweige wird innerhalb des Verbandes christlicher Arbeitnehmer des Bekleidungs-gewerbes eine besondere Fachgruppe gebildet. Diese führt den Titel: „Verbandsverband Christlicher Arbeiter Deutschlands“. Die Tätigkeit der Fachgruppe wird sich auf die gesamte deutsche Hutindustrie erstrecken. Damit ist auch den nichtsozialdemokratischen Arbeitern und Arbeiterinnen der Hutindustrie die Möglichkeit gegeben, sich ihrer Bekleidungs-gewerbe gemäß einem christlichen Berufsverbände anzuschließen. Es liegt im Interesse unserer Gesamtbewegung, den Berufsverband christlicher Arbeiter effektiv auch diesen Kreisen zu unterhalten. Können Austausch über Organisations- und Tariffragen für Arbeiter gibt die Geschäftsstelle des Verbandes christlicher Arbeitnehmer des Bekleidungs-gewerbes, Köln, Bentzenstraße 4.

Aus den Ortsgruppen.

Gruppe 1. B. Die heutige Mittagsversammlung war wie gewöhnlich. Der Verbandsvorstand (König) berichtete über den letzten Jahresbericht. Es folgte die Vorstandswahl in welcher gewählt wurden: 1. Vorsitzender Herr Schulze, 2. Kassierer Herr Hinkel, 3. Schriftführer Herr Schmitt. Unsere junge Kasse hat sich gut entwickelt. Einkünfte wurde die Erhöhung des Beitrages auf 3.00 A. der Woche beschlossen. Da die Kasse in guten Händen ist, hoffen wir ein weiteres kräftiges Wachstum.

Münster. Der 16. Januar war für unsere Ortsgruppe ein Tag von besonderer Bedeutung. Vormittags fand eine hart beluchte Generalversammlung im großen Saale des sachlichen Welterhauses statt. Der vollbesetzte Saal legte Zeugnis davon ab, wie gut Geist und schöne Gemüthsart in unserer Ortsgruppe herrscht. Der Vorsitzende, Kollege Kemper, erstattete den Jahresbericht. Danach haben im verfloßenen Jahre 12 Monatsversammlungen, 17 Vorstand- und Vertrauensmännerversammlungen und zahlreiche Betriebsversammlungen stattgefunden. Außerdem fanden zwei große öffentliche Versammlungen statt. Im verfloßenen Jahre gelangte der Reichsmantelvertrag für die Gemeinden zur Einführung. So wurden sechs Lohnbewegungen geführt, die sämtlich mit Erfolg abgeschlossen, da jedesmal entsprechende Lohnbewegungen erzielt wurden. Einige krisenverlebensbetriebe der Stadt (Lebensmittelverlebensbetriebe) wurden aufgehoben. Dennoch beträgt die Mitgliederzahl mehr als 800. Kollege König erstattete darauf einen eingehenden Bericht über den Ablauf des neuen Reichsmantelvertrages für die Straßenbahnen. Bei der Verhandlung wurde der bisherige Vorstand von dem neuen abgelöst. Am Abend des 16. Januar fand eine gemütliche Zusammenkunft statt.

den gleichfalls einen erhebenden Verlauf nahm. Unsere Ortsgruppe kann mit Stolz auf den 16. Januar 1921 zurückblicken.

Rein a. St. (Mühlbauarbeiter.) Am Sonntag, den 16. Jan., fand unsere geliebte Generalversammlung statt. In der auch Kollegen des Bergwerks Neuburg und der Rauhsteinstelle Donauwörth erschienen waren. Aus dem Reichsmantel- und Lohnverlebensbetriebe des Kollektivs Schilling war zu erleben, daß die Ortsgruppe eine beschriebende, aber auch zum Teil bewegte Tätigkeit hinter sich hatte. Die Einnahmen für die Hauptkasse betrugen 2.888,96 A., die Ausgaben derselben 377,76 A., so daß in der 2.508,20 A. abgesetzt werden konnten. Nachdem unser Bezirksleiter Weiler den Dank für die Tätigkeit zum Ausdruck gebracht hatte, fand die Wahl der Vorstandswahl statt. Gewählt wurde Kollege Nieger als Vorsitzender, Schilling Kassierer, Keller Schriftführer und Brunnhuber und Sieber als Kassierer. Bezirksleiter Weiler leitete im letzten Ausführungen die Tätigkeit der Organisation für die Interessensvertretung der Mühlbauarbeiter an. Im vergangenen Jahre seien ab 1. Januar, 1. April und 1. Juni Zeugniszulassen gewährt worden. Wenn der Abschluß des neuen Vertrages nicht alle Forderungen erfüllt habe, so seien doch wertvolle Verbesserungen zu verzeichnen. Der Versuch, der Sozialdemokraten, unsere Ortsgruppe in Anspruch zu nehmen, ist an der übergenüßlichen unzureichenden Unterstützung, nachdem die hiesigen Mandatgeber bei der Resolution zum mehr mit großen Beschwerden erwidern, von denen sie im inneren sich überzeugt sind, daß sie bei der trübsamen Lage des Reiches nicht erfüllt werden können, gehen dem Arbeiter die Augen auf. Die Regelung der Zeugniszulassen in der Form, wie sie bei den Eisenbahnern vor sich genommen, müßte kritisch der Organisation der Mühlbauarbeiter gegenüber werden. Die Klasse der Mühlbauarbeiter ist in der Ortsgruppe D und E beabsichtigt weshalb eine Abnahme der Zeugniszulassen abgelehnt und die Gewährung einer einheitlichen Zulage zum Unterhalt der Ortsgruppe gemacht werden sollte. Die Frage der Erhöhung einer Pension sollte in bereits bestehende bestehende Verhandlungen mit den hiesigen Mandatgebern, zu denen die Vertreter der Gewerkschaften gehören werden. Schließlich berichtete Kollege Weiler über die Durchführung der hiesigen Maßnahmen der Verbandshauptkasse, worauf die hiesigen Ortsgruppe eine Besprechung der Doppelbeiträge auf einmal zu entscheiden und die Beiträge auf Grund der neuen Reichsmantelverlebensbetriebe zu bezahlen. Kollege Nieger (Neuburg) sprach namens der Kollegen des hiesigen Komitees den Dank der Ortsgruppe Rein a. St. für das kollektive Zusammenarbeiten, nachdem für Neuburg eine eigene Ortsgruppe eingerichtet wurde. Kollege Schilling berichtete, wie mit den Kollegen der Ortsgruppe Neuburg zusammenarbeiten. Die hiesigen anwesenden Kollegen der Rauhsteinstelle Donauwörth lobten sich in den Verband aufzunehmen und treten der Ortsgruppe Neuburg bei. Als Vertrauensmann wurde Kollege Vorarbeiter Hof. Rieder gewählt. Als großer Verdienst über die anwesenden Verhandlungen konnte der Vorsitzende Nieger die Versammlung schließen.

Schorring und Wittichen. Am 6. Januar, vor- und nachmittags, fanden aufbesuchte Mühlbauarbeiterversammlungen statt, zu denen Gewerkschaftsleiter Teine (München) erschienen war. Teine hielt Vorträge über die Verhältnisse des 10. April, Gewerkschaftsorganisation und über die Durchführung der finanziellen Maßnahmen des Verbandsvorstandes. Mit großem Interesse verfolgten unsere Kollegen die gemachten Ausführungen. Schließlich der Maßnahmen des Verbandsvorstandes erklärten die Kollegen volle Solidarität mit allen Verdienstkollektiven ohne Unterschied der Berufs. Es wurden einstimmig Beschlüsse gefaßt die Doppelbeiträge für Monat Januar zu erheben und den Beitrag sofort auf 2,00 A. zu erhöhen. Außerdem wurden eine Anzahl Angelegenheiten aus dem Tarif- und Arbeitsverlebensbetriebe, unserer Kollegen, obwohl auf dem Lande in Frage, vielen volle Verständnis für alle wirtschaftlichen Pflichten und Erfüllung eines echten Gewerkschaftsgeistes. Die anderen Verlebensbetriebe sind die Ortsgruppen haben die einen der von Teine gehaltenen Vorträge

Stollberg. Am Sonntag, den 16. Januar fand unsere Generalversammlung wurde der hiesige Vorstand wiedergewählt und einige Kollegen gewählt. Sodann hielt Kollege Stahl (Stollberg) an Stelle des verstorbenen Kollegen Meier (München) einen Bericht auf das alte Jahr. Er erinnerte an die Schwere des Krieges, der im Jahre 1920 in Kraft getreten war und der immer lähmender auf uns lastet. Längere Zeit verweilte er über dem Betriebsverlebensbetriebe, das ebenfalls im letzten Jahre in Kraft trat. Er warnte die Kollegen, die als P. A. fungieren, nicht, wie es bei älteren vorkommen ist, sich schon als „Jouren“ zu füttern, dazu ist das Geld zu neu, sondern in Fragen von weittragender Bedeutung erst den Rat erfahrener Führer einzuholen, sonst löst die Unternehmung aus dem Gefes allein den Augen. Dabei sei die wohlwollende Kritik aus den Reihen der Arbeiter in letzter Zeit ein Anzeichen, der zu denken gebe. Des weiteren erwähnte Kollege Stahl den Kampf der Lage im wirtschaftlichen Leben, die immer schwieriger werdenden Verhältnisse, die von jedem abgefordert werden, aberwilligen und hilflosen Kollegen verlangten. Zum Schluß gab er noch wertvolle Ratschläge für das innere Gelingen der Ortsgruppe mit der Bitte, das Schicksal nun auch in die Tat umzusetzen. Die von älteren Vorgesetzten unterbrochenen Worte der Referenten wurden vom Parteivorstand, Kollegen Meier in zu Beginn stehenden Worten unterstützt. Auch gab der Referent eine nähere Ausführung über die bevorstehenden Gewerkschaftswahlen. Der Erhöhung der Beiträge wurde dem Antrag des Vorstandes gemäß einstimmig. Zum Schluß im neuen Jahre auch es heißen, das Gebot in die Tat umzusetzen. Schwer ist die Zeit, wer wollte es leugnen? Wir können aber aber werden, wenn wir nur wollen. Deshalb seid unserwillige Gewerkschaftler! Wertere für die weitere Arbeit und unsere Ideen. Christlicher Versammlungsbeitrag ist Ehrenlage, eintrags Studium des Verbandes wird auch zum Gewerkschaftler machen, wie die heutige Zeit braucht.

Stollberg. Unsere Ortsgruppe hielt am 16. Januar ihre Mitgliederversammlung ab. Kollege Stahl berichtete über die Arbeit und den inneren Verlebensbetriebe im verfloßenen Jahre. Er erwähnte dabei insbesondere die Ortsgruppe der Kollegen, um den Verband auch in der Zukunft eine erfolgreiche Tätigkeit zu ermöglichen. Die Ortsgruppe hat sich nicht nur entwickelt, sondern der größte Teil der hiesigen Arbeiter unter dem Verbanden an. Die hiesigen Verlebensbetriebe wurden geschlossen mit dem Ziel an alle Kollegen, die diesen Schritt und treu mit gearbeitet haben.

Wiesloch (Weil- und Bienenbach). Unsere erste Versammlung im neuen Jahr, am 16. Januar, war einen guten Verlauf auf. Der erste Geschäftsbericht vom 4. Quartal zeigt, daß die Ortsgruppe eine weitere schöne Entwicklung aufweist. Demselben ist folgende zu entnehmen: Die Mitgliederzahl stieg von 90 im 4. Quartal auf 94 im 1. Quartal. Sehr günstig entwickelten sich die Einnahmen für die Verbandshauptkasse. Einer Einnahme von 2.906,10 A. steht eine Ausgabe von 110,27 A. entgegen, so daß 2.795,83 A. an die Hauptkasse abgeführt werden konnten. Die vom Vorstand ausgearbeiteten Extrabeiträge im 1. Quartal wurden außerdem reichlich eingezogen. Dies ist ein erhebendes Zeugnis finanzieller Überwilligkeit unserer Mitglieder. Bezirksleiter Röhder hielt sodann Vorträge über verschiedene Tarifangelegenheiten und wies auf die kommende Gefahr einer Tarifverschlechterung hin. Festes Zusammenhalten im Verband sei notwendiger denn je, um die Erzeugnisse des Tarifvertrages dem Personal zu erhalten. In der Angelegenheit wurden betreffs zweier Sonntag der Arbeiterinnen sowie des Urlaubes Wünsche vorgetragen, die auf die Durchsorgung einer Betriebsversammlung gesetzt werden sollen. Auf einstimmigen Wunsch hin wurde sodann der bisherige Vorstand des Betriebsrates durch den Kollegen Simon Baumann.

Wiesloch (Weil- und Bienenbach). Eine schöne Entwicklung weist unsere Ortsgruppe auf. 70 Mitglieder zählen wir bereits an den Angestellten und hat der Vorstand unter an. Die Stimmung unserer Mitglieder ist eine sehr gute. Am Samstag, den 6. Januar veranstalteten wir in Wiesloch eine Weihnachtsfeier, wobei um 12 Uhr ein festliches Essen und eine schöne Gesangsfeier stattfand.

Nach einer Berührungsaussprache unserer unermüdblichen 1. Vorsitzenden, Kollegen Herr, wurde sich das Resolutionsprogramm leicht abwickeln, wobei ein beständiger Beifall und Zusage der Bestimmung des Beschlusses gewährte. In einer Nebenbesprechung wies der Vorsitzende auf die Bedeutung der Weihnachtsfeier hin und erwähnte die Mitglieder zu unserer Pflichterfüllung im neuen Jahre in Bezug auf unermüdbliche Arbeit für die äußere und innere Festigung unseres Verbandes. Der starke Beifall der Versammelten bewies, daß alle bereit sind, den Erfolg unseres Verbandes weiter ausbauen zu helfen.

Kosenheim. Neben dem sozial. Verbandsrat wurde unser Verband im Besonderen beim Stadtrat ein, die eine Erhöhung der Löhne bringen sollten. Unser Verband legte eine Resolution vor, die eine Erhöhung der Lohnsätze von 30 auf 50 Pfennig mit jedem halben Jahre verleiht, sobald der Höchstlohn nach 2 Jahren um 2 % höher zu stellen wäre als der Anfangslohn. Außerdem wurde eine Erhöhung der Grundzulage um 2,50 % in jeder Lohnklasse sowie Erhöhung der Kinderzulagen von 30 auf 40 % gefordert. Der sozial. Verband forderte eine Lohnsteigerung von zuerst 1, dann später 5 % in jeder Lohnklasse. Die mit dem Finanzrat der Stadt geführten Verhandlungen führten zu keinem abschließenden Ergebnis. In der abends abgehaltenen Versammlung erstattete der Vorsitzende Bericht über die Verhandlungen. Bei dieser Gelegenheit referierte derselbe über die finanziellen Maßnahmen des Verbandsvorstandes, wobei er an die Solidarität und Opferwilligkeit der Kollegen appellierte. Die Versammlung beschloß einstimmig die Vertrauensbeweisung und die Bezahlung von vier Wochenbeiträgen zur Stärkung des Kampfes in nächsten Quartal. Weitere 5 Prozent aus der Lohnklasse im 1. Quartal und ein Einzelbeitrag von 3 % für jedes Mitglied für das 1. Quartal 1920 werden ebenfalls aus derselben bestritten. Unterdessen beschloß der Stadtrat die Löhne von 20 auf 3 % und die Kinderzulagen von 30 auf 40 % zu erhöhen mit zunehmender Kraft ab 1. Dezember 1920. Qualität wurde unsere Einnahme für das Jubiläumspersonal für das mit 50 Prozent Erhöhung der betriebl. Löhne bedachten, geschätzt. Der in der Versammlung anschließende Stadtrat Bericht über den Versuch, nach finanzieller Möglichkeit für die Forderungen der Gemeindefreigewerkschaften einzutreten.

Fraunheim. Unsere Ortsgruppe ist seit der Revolution entstanden, die sich in Fraunheim zur Arbeitermacht entwickelte. Unter diesen Umständen war es ein Bemühen besonderer Lieberzeugungsreise von unsern Kollegen. Die Revolution hinterließ in Fraunheim einen Mann, der die Geschichte des alten Verbandes u. d. Partei bezeugt, ein Gedächtnis, der auch die gewöhnlichen Arbeiter, wenigstens zum Betragungsbezug, für seinen Verband tollantiert. Dieser Sachwalter der Partei leitete am 27. November Lohnforderungen von 5 % pro Arbeiter ein, die Anfangs keine noch nicht der abschließend waren. Unser Verband, der unter den obenerwähnten Umständen nur 9 Mitglieder zählt, beschloß eine Einnahme an den Stadtrat zu richten, wonach eine Erhöhung der Dienstlohnzulagen, der Tariflöhne und Kinderzulagen gefordert wurde. Dies hatte den Genossen Philipp veranlaßt, unsern Bezirksleiter Becker in einem Schlüsselchen „Der Obmanns Bote“, einer Meinung, die wöchentlich in einem Quartalsformat erscheint, anzupöbeln. Man spricht von Ueberbrumpfungsprotest, obwohl unsere Forderungen in ihrer Gesamtheit jene des Herrn Philipp nicht erreichten. Bei den Verhandlungen, die am 19. Jan. stattfanden, sprachen sich Mitglieder des sozial. Verbandes gegen die Erhöhung der Kinderzulagen aus, die zur Erbitterung und Unzufriedenheit unter die Arbeiter brachten. Der andere Teil der anwesenden Stadträte hielten sich auf den in unserer Einnahme erhobenen Standpunkt. Es kann festgestellt werden, daß sich Genosse Philipp bei den Verhandlungen gegenüber unsern Kollegen Becker anfänglicher Behauptung als dies in seinem Artikel des genannten Schlüsselchens der Fall war. In Hinblick auf den finanziellen Reichtum machten beide Teile entgegenkommen. Es wurde beschlossen, die künftige Tariflöhne von 30 auf 35 % und die Kinderzulagen von 30 auf 30 % pro Monat zu erhöhen mit einem 2. Nachzahlung ab 1. Dezember 1920. Die am Abend abgehaltene Versammlung erklärte sich mit dieser Resolution einverstanden. Mehrere Briefe berechneten über die Maßnahmen des Verbandsvorstandes der Zusammenfassung der Verhandlungen auf

Vertrauensbeweisung. Die Versammelten beschloßen, dieselben zeitlos durchzuführen. Nach dem Ergebnis der Vertrauensbeweisung sind nun die Gemeindefreigewerkschaften jenseits von Kosenheim gleichberechtigt in der Arbeitsstelle, was mehrere Kollegen in ihrem Schlußwort mit Vertriebung feststellte.

Ulm und Reutlingen. Am 21. Januar fand Generalsversammlung für die Gemeindefreigewerkschaften der beiden Städte und am 22. Januar Generalsversammlung der Straßenbahner statt. Nach dem Jahres- und Kassibericht weist die hiesige Ortsgruppe gute Fortschritte auf. Bei der Austragung der Wahl, welche auf Verlängerung der Kollegen per Affirmation vorgenommen wurde, sind folgende Kollegen wiedergewählt worden: 1. Vorsitzender August Röder, 2. Vorsitzender Hermann Künste, Kassierer Anton Hofele, Schriftführer Josef Zeidler, Beisitzer Julius Krantenhausen und Gustav Wina. Ebenso wurden fünf Kollegen wiedergewählt als Vertrauensmänner, welche sich freiwillig in den Dienst des Verbandes stellen. Nachdem noch verschiedene Wünsche zur Sprache gebracht waren und eine lebhaft insigrierte Sitzung hatte, dankte der Vorsitzende allen Kollegen, insbesondere dem Kassierer und den eifrigen Vertrauensleuten für ihre Mithilfe. Daß ihrer fleißigen Arbeit sei es möglich gewesen, die Quartalsabrechnungen stets pünktlich zu erledigen. So möchte es auch im neuen Jahre bleiben, zum Segen der Kollegen und der arbeitslosen Arbeitergemeinnutz.

Bücherichen.

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat. In der Verordnung über den Reichswirtschaftsrat ist vom Ministerpräsident Dr. Hans Eberler, Reichswirtschaftsminister (Kriegsamt) ein Kommentar beigefügt worden, der im Verlage von J. Schneider, München und Berlin, erschienen ist. Preis 20.- M.

Das Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften für 1921. Sollte in Händen eines jeden christlichen Gewerkschafters sein. Ein schätzenswerter Inhalt bietet die Möglichkeit einer schnellen Orientierung über alle die Fragen, die heute die Arbeiterwelt so sehr berühren. In keiner Ortsgruppenbibliothek dürfen die Jahrbücher fehlen. - Bestellungen zum Preise von 1.50 M. in jedem Einband und 2.00 M. facsimilieren, nimmt die Hauptgeschäftsstelle unseres Verbandes, Köln, Denkerstraße 8, entgegen.

Vertriebswesen und Beschaffung mit kurzen Erläuterungen für die Praxis von Dr. H. Weides, Verlag Walter de Gruyter, Berlin. 160 Seiten. Preis gebunden 7.25 M. Ein kleines handliches Büchlein, welches in der Praxis recht gute Dienste leisten kann.

Deutsche Schulfragen. Die Tatsache, daß bereits 100000 Exemplare des Stegemahlschen Vortrages auf dem 10. Kongreß der christlichen Gewerkschaften abgegeben wurden, beweist selbst wie alles andere die Bedeutung dieser Rede. Jeder christliche Gewerkschaftler muß die Broschüre gelesen haben. Durch die Druckart und die Zahlen bezeugen, sohei das 64 Seiten starke Buch 1.- Mark.

Christentum und Sozialismus. Vortrag von Dr. Th. Brauer auf dem 10. Kongreß der christlichen Gewerkschaften. - Auch diese Rede ist im Sonderdruck erschienen. Schon die Ankündigung der Drucklegung auf dem Kongreß bewirkte eine Bestellung von 20000 Exemplaren. Der Preis der Broschüre beträgt für die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften 1.- M.

Arbeitsnehmer-Tagebuch. Unter Mitwirkung von Arbeitern, Angehörigen, Praktikern, Wissenschaftlern aller Gewerkschaften ist ein Buch erschienen, welches jedem Arbeiter eine Bibliothek ersetzen wird. Es enthält alles, was man im täglichen Leben wissen muß, z. B.: Verfassung, Triebwerksvertrag, Gewerkschaften, Unternehmer, und Arbeitnehmerverbände, Wirtschaftssysteme, Parteiverfahren, Kerkennut, Maschinologie, Sommerurlaub, Arbeiter- und Angestelltenrecht, Betriebsräterecht, Soziale Versicherung, Reichsversicherungsrecht, Systeme der Volkswirtschaft, Sozialisierung, Gewinnbeteiligung, Indefizien, Tarifwesen, Schulwesen, Volkswirtschaftliche Fragen, Väter, Informationen, Preis-W. u. d. seine Auswirkungen für Wirtschaft und Recht, Stuttgart, Bfächer 0

Verbandsnachrichten.

In der Woche vom 6. bis 12. Februar ist der 1. Wochenbeitrag fällig. Abgerechnet haben folgende Ortsgruppen vom 2. Quartal 1920: Bingen.

Vom 1. Quartal 1920: Gleiwitz, Dortmund (Str.), Recklinghausen, Süd, Reichen und Wattenfeld.

Vom 1. Quartal 1920: Juba, Göttingen, Jany i. Magau, Boppard, Freising, Halle a. d. Saale, Mosbach, Gortshelm, Opladen, Birmaiers, Siegen (Gem.), Uderstraße, Würzburg (Gem.), Siegburg, Straubing, Siegen (Str.), Rübdesheim, Emmendingen, Laupen, Kolzathshausen, Rain, Wülheim-Ruhr (Str.), Bamberg, Landshut, Reulges, Kamolau, Schaffenburg, Traunstein, Bühl i. Baden, Ettlingen, Mannheim (Str.), Baugen, Gerthe, Illena, Lahr, Lippstadt, Aachen-Brand, Scheuring, Bochum (Str.), Coblenz (Str.), Godesberg, Witten, Augsburg, Weisheim, Soest, GutsMuths, Gellenkirch, Aalen, Bad Tölz, Offenbach a. Main, Cleve, Conzans, Jagen (Gem.), Stolberg, Gütersloh, Tigen a. d. Inn und Bonn (Gem.)

Der Zentralverband

Auf der Straßenbahn.

In Hitze und Frost und Staub und Regen, Bei jedem Wetter die Sitze entgegen, Die Hand an der Kurbel, das Auge gespannt, So steht der Führer auf seinem Stand. So steht er nun still bis abends spät, Da schau't er um ihn, da kommt man und geht. Man küßt und schlingt sich, man überzt und laßt, Wie tief in die Mitternacht. Starr blid er stand in der Straßen Welt, Er schaut auf Vollen, er kennt nur ein Ziel. Was um ihn auch hafter und wirzt und flut, Doch nur sein Unglück, sein Unglück geschieht. Nur einmal da brauchen, da kann er gehen, Wo geht an der Straße die Pöme noch hoch. Da drüht ein Lächeln die harte Kus, Vom Montag blid' er frolich sein Weib ihm zu. Ein Junges springt stürzt an die Bordsteil, Und trägt ihm ein Brot und bringt ihm ein Die. Fährt jubelnd mit die zur Endstation, - Das ist des Tages reichster Lohn. - Bei jedem, wie und wo er fährt, Solch eine Strecke Weges besahrt. (Salob Löwenberg)

Gedenktafel.

Gestorben sind die Kollegen: Schünper Math., Köln; Grimms Altes, Wänden; Domjans Heinz., Düsseldorf; Karl Josef, Freiburg; Peters Hubert., Aachen; Walters Heinz., Mönche i. Weitz.; Steininger Johann, Kessen; Stehlberger August., Kaden-Baden; Sick August, Duisburg; Rogos Friedrich, Hannover; Kölling Paul, Vrinja; Die Kollegen: Benschert Mathilde, Mannheim; Ihre ihrem Andenken!

Redaktion und Druck: L. Gleditsch, Bonn, 1920. Druck: L. Gleditsch, Bonn, 1920.